

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Die IG Metall mobilisiert in den Betrieben der Windindustrie. Das saubere Image der Regenerativ-Branche weist in Sachen Arbeitsbedingungen stellenweise dunkle Flecken auf.

Eigentlich wollte er nur einen Betriebsrat gründen. Doch als der Kollege am 30. April zur Arbeit beim Cuxhavener Turmhersteller Ambau erschien, wurde ihm gekündigt. Man habe so dessen Erscheinen zur Wahlversammlung am 3. Mai verhindern wollen, sagt der zuständige IG-Metall-Betreuer Manuel Schmidt. Dabei hatten die Kollegen schon ein erstes Spießbrutenlaufen hinter sich. Dass sie überhaupt zu einer Betriebsratswahl einladen durften, konnten sie nur per einstweiliger Verfügung durchsetzen. Und letztlich blieb die Kündigung erfolglos, denn der gekündigte Kollege konnte nicht nur zur Wahlversammlung erscheinen, sondern wurde mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden der Wahlkommission bestimmt, die die Wahl des mittlerweile amtierenden Betriebsrates bei der Ambau GmbH durchsetzte. Mittlerweile habe sich das Verhältnis zur Betriebsleitung normalisiert, berichtet Schmidt. Die Wahl zur Jugendvertretung Ende November sei ohne großes Aufhebens über die Bühne gegangen. In den inhaltlichen Fragen gehe es allerdings nur in „Baby-schritten“ voran.

Inhaltliche Fragen bedeutet: Ein hoher Leiharbeiter-Anteil von bis zu 50 %, keine tariflichen Bindungen und Probleme bei der Durchsetzung der betrieblichen Mitbestimmung. Ambau ist in den Augen der IG Metall kein Einzelfall: „Image, Selbstwahrnehmung und Wirklichkeit klaffen bei der Windbranche auseinander“, kritisiert Detlef Wetzel, zweiter Vorsitzender der IG Metall. Zwar hätten mittlerweile alle großen Unternehmen der Branche einen Betriebsrat, aber es sei nicht immer leicht gewesen. Es gab Wahlbehinderungen, oder es dauerte: So mussten die Beschäftigten der Siemens Wind GmbH vier Jahre arbeiten, bis sie es schafften, einen Tarifvertrag für sich durchzusetzen.

Fremdwort Mitbestimmung

Die Windenergiebranche, die mittlerweile mehr als 100.000 Mitarbeiter zählt, unterscheidet sich von den Branchen, in denen die IG Metall stark ist. Aus Enthusiasmus gegründete Betriebe mit drei bis fünf Mitarbeitern wuchsen auf Stärken mit mehreren tausend Beschäftigten heran – und die Professionalisierung der Arbeitsbedingungen habe damit nicht Schritt



Mit Zulieferbetrieben wie dem Turmproduzenten SIAG stoßen gut organisierte und erfahrene Belegschaften mit Tarifverträgen in die Branche.

Foto: Waltraud Grubitzsch/dpa

gehalten, kritisiert die Gewerkschaft. „Da ist ein Wildwuchs entstanden, der völlig intransparent ist“, sagt Wetzel. Beschäftigte würden für die gleiche Beschäftigung vollkommen unterschiedlich entlohnt, echte Mitbestimmung der Mitarbeiter sei in etlichen noch mittelständisch geprägten Betrieben ein Fremdwort, ein hoher Stand von Leiharbeitern verunsichere die Arbeitnehmer. Grund genug für Deutschlands zweitgrößte Einzelgewerkschaft zum Angriff zu blasen.

Auf einer Konferenz in Bremen zum Thema Wind und Arbeit formulierten die Gewerkschafter die Erklärung „Rückenwind“ für faire Arbeitsbedingungen in der Windbranche. Zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Perspektive in einer wachsenden grünen Industrie gehörten sowohl eine gesunde Umwelt als auch faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, heißt es dort. Sechs Forderungen formulieren die Gewerkschafter darunter vor allem: Arbeits- und Leistungsbedingungen seien tariflich zu regeln, und die Mitbestimmung der Betriebsräte sei sicherzustellen. Außerdem wenden sich die Organisierten gegen Leiharbeit, überlange und familienunfreundliche Arbeitszeiten und verlangen ein Aus- und Weiterbildungsprogramm, das den Beschäftigten berufliche Perspektiven sichert. Zu den Unterstützern der Erklärung gehören neben Vertretern gewerkschaftsnaher Parteien auch die Betriebsräte großer Windenergieanlagenhersteller und Zulieferbetriebe, wie Vestas Deutschland GmbH, Repower Systems AG, Ambau GmbH und der Siemens AG. Branchenprimus Enercon fehlt indes.

Die Gewerkschafter haben sich einen heiklen Zeitpunkt für ihre Forderungen ausgesucht. Die Branche steht vor einer unsicheren Zeit. Mit dem Energiekonzept der Bundesregierung inklusive der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke werde die Windenergie von der Bundesregierung ausgebremst, sagt BWE-Präsident Hermann Albers. „80 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 bedeuten auch 20 Prozent Marktsperre, denn 100 Prozent wären möglich“, kritisiert Albers. Ein Zubau der installierten Leistung von derzeit gut 26.400 MW auf 36.000 MW im Jahr 2050, wie von der Bundesregierung vorgesehen, bringe den Umbau der Energiewirtschaft ins Stocken und verunsichere die Branche. Zudem sei die exportorientierte Branche aufgrund der Markteinbrüche in den USA, Italien, Spanien und Frankreich unter Druck: „Weltmarktführer Vestas hat in Dänemark bereits 3.000 Mitarbeiter entlassen müssen“, so Albers. Jetzt gelte es, in Deutschland das zur Novellierung anstehende EEG zu verteidigen und drohende Konkurrenz aus China, die mit billigen Importen nach Europa komme, abzuwehren. „Ich selbst bin als BWE-Präsident Arbeitgeber von 40 Leuten, wir haben Tariflöhne und Betriebsrat“, betont Albers. Doch die Einflussmöglichkeiten des BWE auf die Unternehmen seien begrenzt – nicht zuletzt finanziert sich der Verband zum großen Teil aus den Mitgliedsbeiträgen der Unternehmen.

Leiharbeiter für die Beweglichkeit

Und auch die Unternehmen verteidigen sich: „Die Kündigung des Mitarbeiters stand nicht im Zusammenhang mit der Betriebsratswahl“, betont Kai Simon, Sprecher der Ambau GmbH. Leiharbeiter seien zum Abfangen von Produktionsspitzen im zyklisch verlaufenden Geschäft unumgänglich, je nach Auftragslage betrage die Quote 20 bis 30 %. „Mit Leiharbeitern werden kurzfristige Bedarfe sinnvoll gedeckt“, sagt auch Felix Losada, Pressesprecher bei der Nordex SE. Das Unternehmen achte allerdings darauf, dass eine Quote von 25 % nicht überschritten werde. Die Repower Systems AG, die 2005 den Haustarif mit der IG Metall gekündigt hatte, argumentiert ebenfalls mit einer notwendigen Beweglichkeit: „Das ermöglicht den notwendigen Flexibilitätsspielraum, zum Beispiel bei Arbeitszeitregelungen. Hier kamen wir mit dem Tarifvertrag an die Grenzen und deshalb sind wir aus der Tarifbindung ausgeschieden“, sagt Andreas Kaffka, Direktor Human Resources. In Trampe/Eberswalde hat Repower nach eigenen Angaben einen Leiharbeiteranteil von 14 %, in Bremerhaven seien es wegen eines Produktionsausbaus 50 %. „Dieser Anteil ist aber in unseren Augen zu hoch und nur im Übergang und kurzfristig vertretbar“, betont Kaffka. „Dauerhaft wollen wir diesen Anteil reduzieren und dies soweit möglich durch die Übernahme von Leiharbeitnehmern realisieren.“

Die Kritik der Gewerkschaften können die Unternehmensvertreter nicht nachvollziehen. „Nordex hat in der Produktion und im Bereich Supply Chain Management in Rostock viele Mitarbeiter über die Zeitarbeit gewonnen und diesen Kollegen eine gute berufliche Perspektive geboten“, sagt Felix Losada. Andreas

Kaffka betont: „Wir haben in den vergangenen drei Jahren mehr als 1.000 Arbeitsplätze geschaffen.“ Wenn über schlechte Arbeitsbedingungen bei Ambau geschrieben werde, verstünden die Mitarbeiter dies nicht, meint Kai Simon: „Wir haben gute Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung und zahlen Prämien.“ Niemand verdiene weniger als 10 €, im kommenden Jahr soll es eine weitere Lohn- und Gehaltserhöhung geben.

Das will Jutta Blankau, Bezirksleiterin des IG Metall Bezirkes Küste so nicht stehen lassen. „Es kann doch nicht sein, dass eine Branche massiv mit öffentlichen Geldern unterstützt wird und die Arbeitsbedingungen in den Betrieben so weit von denen in einem Tarifbetrieb entfernt sind. Betriebsräte und Gewerkschaften sind in den Betrieben nicht gewollt“, kritisiert sie. Dabei habe die Politik bei der Vergabe von Förderung, etwa bei der Unternehmensansiedlung, durchaus Möglichkeiten. „Man kann Bedingungen stellen, wie es etwa in der Luft- und Raumfahrtindustrie geschehen ist.“

Die Unternehmen können jedoch wegen der Konkurrenz zwischen den meist in strukturschwachen Gegenden gelegenen Ansiedlungsorten aus verschiedenen Optionen wählen – die Politik rollt den Investoren den roten Teppich aus. „Wir können keine Betriebsratsbedingung und Mindestlöhne in Ansiedlungsverträge schreiben“, hält Heiner Heseler dagegen. Der Staatsrat beim Senator für Wirtschaft und Häfen ist stolz auf die gelungene Ansiedlungspolitik in Bremerhaven. 10.000 Arbeitsplätze sind in der Offshore-Branche in der Hafenstadt entstanden, mehr als es früher dort im Schiffbau gab. „Unser Hauptinteresse ist, Arbeitsplätze zu schaffen und Unternehmen anzusiedeln.“ Die inhaltliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse sei aber Sache der Gewerkschaften, schiebt er den Schwarzen Peter weiter. Es sei gut, wenn diese stark auftreten könnten, um ihre Forderungen durchzusetzen.

„Vor einer Zeitenwende“

Doch daran hapert es noch in den Windbranche. Wie viele Mitglieder die IG Metall dort hat, will Detlef Wetzel nicht sagen, es könnten aber mehr sein. Deshalb sei es jetzt wichtig, in den Betrieben stärker zu werden, um den berechtigten Forderungen der Beschäftigten Durchschlagskraft zu verleihen. „Die Branche steht vor einer Zeitenwende“, meint Wetzel. Sie habe sich urwüchsig entwickelt, nun müssten aber Standards durchgesetzt werden – im Zweifel, auch mit einem Arbeitskampf. Dass mit Zulieferbetrieben wie den Getriebeherstellern Rothe Erde, Eickhoff und Siemens oder dem Turmproduzenten SIAG gut organisierte und erfahrene Belegschaften mit Tarifverträgen in die Branche stoßen, befördert die Sache der IG Metall. Bislang sei die Energiewende Spaß gewesen, doch „die Machtpolitik kommt jetzt“, warnt Wetzel. Und da sei es doch gut, wenn die Unternehmen und Verbände der Windbranche die Gewerkschaften auf ihrer Seite wüssten.

Katharina Wolf